

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1920**

75 (30.3.1920)







wird das Urteil fällen. (Lebhafte Beifall. Bischof rechts. Wiederholter Beifall.)

Präsident Behrend hat vorgeschlagen, die Besprechung der Regierungserklärung zu verschieben und zunächst andere Gegenstände zu erledigen.

Das Haus ist damit einverstanden. Die Gesetzentwürfe über vorläufige Regelung des Reichshaushalts, des dritten Nachtragsetzes, das Besoldungsgesetz und das Gesetz über die Verrechnung der Eisenbahnen werden den Ausschüssen überwiesen.

Das Gesetz über die Besteuerung der Reichsbank wird in allen drei Lesungen erledigt, ebenso das Gesetz über das Abkommen über den Arierhafen.

Darauf wird die Sitzung unterbrochen. Schluß nach 11 1/2 Uhr. — Nächste Sitzung 1 Uhr, nachm. Nachmittagsitzung.

Präsident Behrend eröffnet die Sitzung um 1.10 Uhr nachmittags.

Herr von Helldorf: Unser Ziel kann nur sein: die Erhaltung des Reiches und die allmähliche Gesundung der Wirtschaft. Zu solcher Arbeit haben sich die Reichsparteien zusammengefunden. Die Nationalisten haben sich die Reichsparteien zum Vorbild genommen. Ohne sie gibt es keine Rettung. Freilich zwingt sie alle Teilnehmer zum Verzicht. Verbrennen von rechts und links suchen uns ins Verderben zu ziehen. Es war eine deutschnationale Bewegung, aber sie war weder deutsch noch national. Die Rechte muß die Verantwortung für diese Dinge und für ihre Presse tragen, solange sie solche Narren und Verbrecher in ihren Reihen duldet. Der Wahltermin war eine Zwecklosigkeitsfrage. Hochverrat, unterstützt von Maschinengewehren war das Arsenal Kapps. Das schändliche Spiel von rechts hatte das Verbrechen von links zur Folge. Das Ultimatum der Regierung an die Notentruppen findet unsere volle Billigung. Noch einmal dürfen wir hoffen, Herr der Lage zu werden. Aber wir bitten den Reichstagspräsidenten, die Gefahr des Bolschewismus nicht zu sehr zu unterschätzen. Alle unsicheren Elemente müssen aus der Reichswehr, Offiziere und Mannschaften müssen mehr als bisher aus bürgerlichen und Arbeiterkreisen entnommen werden. Eine bloße Bewaffnung der Arbeiter kann man uns nicht zumuten. Das politische Gefindel aus dem Osten muß aus dem Reich entfernt werden. Hoffentlich werden die letzten 14 Tage auch den Zweifeln und Mißverständnissen unserer Partei die Augen geöffnet haben. Unsere Partei wird ihren Weg gehen.

Herr von Helldorf: Roske ist gegangen als ein Mann, der alles verloren hat. Wagnis und Roske sind von einer Couleur. Wenn die Haltung der Gewerkschaften, die wir billigen können, nur ein Mandat gewesen sein sollte, so werden wir dafür sorgen, daß den Arbeitern der Sturz gelingen wird.

Herr von Helldorf: Die sozialdemokratische Fraktion spricht der neuen Regierung ihr Vertrauen aus. Die Gewerkschaften einschließlich der Unabhängigen Vertreter unter ihnen haben von dem neuen Ministerium nur die Anerkennung der sogenannten 3 Punkte verlangt und sich im übrigen bereit erklärt, die neuen Minister zu unterstützen. (Hört, hört!) Wir hoffen, daß die unabhängigen Sozialdemokraten auch erkennen, wo das wahre Interesse der Arbeiter liegt und eine ähnliche Haltung einnehmen. Wir verlangen von der Regierung, daß die Sozialdemokraten gefälligst ihre Güter konfiszieren werden, um daraus die Lebensmittelnot der Minderbemittelten zu beheben. Wir sind uns der Verantwortung bei der Aufforderung zum Generalstreik wohl bewußt gewesen, aber es handelt sich um Freiheit und Recht. Keine Regierung kann ohne Zustimmung der Arbeiter regieren. Es muß auch endlich Schluß gemacht werden mit der unsinnigen Agitation gegen den Bolschewismus. In Deutschland ist kein Boden für den Bolschewismus. (Leben und Lärmen recht.)

Reichswehrminister Geyer: Ich werde versuchen, die Klust schnell zu schließen, die der Kapp-Putsch in der Reichsverteidigung geschaffen hat. Die Schuldigen an den Ausschreitungen werden bestraft werden. Die Truppen müssen in die Kasernen, das Volk zur Arbeit zurückkehren. Mit dem Besatzungszustand soll raschestens abgebaut werden. Die Reichswehr muß nach der Säuberung auf breiterer demokratischer Grundlage aufgestellt werden ohne Gefinnungsunterschiede. Den demokratischen Geistes mit der gebührenden Platz zusammen. Nachrichtendienst und Aufklärungsdienst in der Truppe müssen verbessert werden. Jede faulenmäßige Abschließung des Herres muß aufhören. Die Führerstellen müssen besonders auch Demokraten offen stehen.

Reichsminister Mund teilt mit, daß General Kapp, Kappow, Schiele, Freiberger, Freiberger von Falkenhäusern, von Lechow usw. das Verfahren wegen Hochverrats eingeleitet ist. Soweit die Genannten nicht in Haft sind, ist Sedesvis erlassen. Das Vermögen ist beschlagnahmt. Wegen der Verfolgung Traub ist bei der Nationalversammlung Antrag eingegangen; die Anwesenheit befindet sich bei den Gerichten. Wir dürfen dazu Vertrauen haben.

Herr Dr. Feinze (D. B.): Als ich die Nachricht von der unverantwortlichen Tat Kapps erhielt, war ich auf das Höchste entsetzt. Wir müssen unbedingt auf dem Boden des Rechtes stehen, die gegenwärtige Verfassung muß geschützt werden. Wir können eine Regierung nur anerkennen, die auf der gegenwärtigen Verfassung beruht. Ich habe jede Verbindung mit Kapp abgelehnt, weil ich die Stimmung meiner Partei kannte. Wir haben in Stuttgart uns ebenfalls auf den Boden der Verfassung gestellt. Unser Aufruf am 13. März muß aus den Ver-

hältnissen heraus erklärt werden. Unternehmertum und Arbeiterkraft müssen im wirtschaftlichen Leben geschäftlich zu ihrem Rechte kommen. Dann werden sie die Sachverständigen an der rechten Stelle haben.

Herr Dr. Feinze (D. B.): Herr Feinze hat sich persönlich große Verdienste um die Wahrung der Verfassung erworben, aber den Aufruf seiner Partei hätte er preisgeben sollen. (Lärm recht.)

Reichstagspräsident Müller teilt mit, daß das Exekutivkomitee in Duisburg der Reichshauptstelle mit bewaffneter Hand eine Resolution abgenommen hat. Die dortigen Verhältnisse scheinen sich also noch nicht gebessert zu haben. Wegen der Zugehörigkeit des Herrn Kapp zur deutschnationalen Partei bleibt der Kanzler bei seinen Ausführungen von heute morgen.

Präsident Behrend teilt mit, daß das Haus vermuthlich morgen in die Osterferien gehen wird, und zwar bis zum 14. April. Reichsminister Koch wünscht baldige Beratung des Wahlgesetzes.

Morgen 10 Uhr Fortsetzung: Wahlgesetz, Gesetz wegen Hochverrats und anderes. — Schluß nach 7 Uhr.

Vertrauensvotum der Mehrheitsparteien.

W. B. Berlin, 29. März. Die Führer der Mehrheitsparteien haben am Schluß der heutigen Nationalversammlung für das Kabinett ein Vertrauensvotum eingebracht. Der Antrag lautet:

Die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung billigt die Erklärung der Reichsregierung, die Nationalversammlung verurteilt den gegen Staatsordnung, Staatswohl, Verfassung und Nationalversammlung gerichteten verwerflichen Aufruf und die Anführer und Helfershelfer des Staatsverrats. Die Nationalversammlung spricht allen Teilen des Volkes, die durch ihren gemeinsamen Widerstand die Verfassung gestützt haben, den Dank des Vaterlandes aus.

Der Antrag trägt die Unterschrift von 315 Mitgliedern der Nationalversammlung.

Gemeindepolitik.

A. Buda, 24. März. Am 23. ds. Mts. fand hier eine Bürgerausschussung statt mit der Tagesordnung: Lebensmittelfrage, bezw. Preisausgleich. Die Sitzung war von den sozialistischen Parteien beantragt und die übrigen Fraktionen unterstützten den Antrag. Die Lebensmittelfrage hat schon oft den Bürgerausschuss beschäftigt; immer wurde verlangt, daß die Verteilung in die Hände einer Korporation gelegt werden solle, die die Garantie bietet, daß die Einwohnerzahl zu ihrem Rechte kommt. Es scheint aber, als ob ein Teil der Gemeindeglieder diese Vorhaben deswegen Schwierigkeiten bereiten weil ihnen ein erheblicher Teil Nebeneinnahmen durch die Lebensmittelfrage zufließen. In der Ausschussung nun, die am letzten Dienstag stattfand, werden sich die betreffenden Herren endlich überzeugt haben, daß mit dieser Art Verteilung endlich Schluß gemacht werden muß. Als erster Redner der beiden sozialdemokratischen Parteien, die nebeneinander noch immer zusammenarbeiten, sprach Herr Quenzer. Er gesteht in scharfer Weise die Notwendigkeit, die sich aus der Verteilung von amtlicher Tätigkeit und privater Tätigkeit als Lebensmittelfreier ergeben. Der Redner drohte, daß wenn man nicht endlich dazu übergehe, die Verteilung in die Hände des Ortsausschusses zu legen, die sozialistischen Fraktionen alle gesetzlichen und parlamentarischen Mittel anwenden würden, um ihren Willen durchzusetzen. Die Genossen Schmidt, Wöhner, Kautzky und Feininger unterstützten Quenzer; auch die übrigen Parteien schlossen sich den Ausführungen Quenzers an, der den Beamten empfohlen hatte, an den Bürgerausschuss wegen Gehaltsverhöhung heranzutreten; der Ausd. wurde in wohlwollender Weise sich der Beamten annehmen.

Als 2. Punkt der Tagesordnung regte der Vorsitzende, Gemeinderat Niesel, an, sich mit der Bürgermeisterfrage zu beschäftigen. Dem Wunsch wurde entsprochen; jedoch von Quenzer eine Einigung abgelehnt mit der Begründung, daß, da man in drei Wahlgängen zu keinem Resultat gekommen sei, man jetzt der Regierung überlassen müsse, einen Bürgermeister zu wählen. Die Sozialdemokraten und das Zentrum waren nicht schuld, daß man sich heute in dieser Kammer befindet. Eine Resolution an die Regierung, sie möge die Sache beschleunigen, wurde einstimmig angenommen. Bemerkenswert war, daß Buda erst im vergangenen Jahr einen Bürgermeister wählte, und zwar in Person des Herrn Franz Hemberger. Dieser wurde, wie bekannt, im vergangenen Jahre in der Presse scharf angegriffen wegen angeblicher Schändungen. Der gegen Hemberger eingeleitete Prozeß verlief zu dessen Gunsten, die beschlagnahmten Lebensmittel wurden wieder freigegeben. In dessen Hemberger hatte an Vertrauen verloren und im Herbst 1919 legte er sein Amt unter Vorlage eines ärztlichen Attestes nieder. Unjüngere wurde man überredet, als im ersten Wahlgang Hemberger von der Bürgerpartei abermals als Kandidat vorgeschlagen wurde. Er erhielt jedoch nur wenige Stimmen, da die sozialistischen Parteien einen eigenen Kandidaten nominierten und das Zentrum weiße Zettel abgab. Hemberger

trat dann in den folgenden zwei Wahlgängen nicht mehr als Kandidat auf. Es ist jedoch bekannt, daß er sich bemüht hat, von der Regierung gelehrt zu werden. Eine Ernennung Hembergers würde zu schweren Erschütterungen auf dem Rathaus führen. Wir müssen dies im Interesse des Friedens der Gemeinde, wenn auch persönlich ungen, aussprechen. Denn wenn auch Hemberger Fehler gemacht hat, so ist doch fest, daß Hemberger um die Ernennung der Gemeinde Buda sich große Verdienste erworben hat. Die Gerechtigkeit verlangt, dies anzuerkennen.

Zur Gewerkschaftsgründung in Aue! Gen. Regierungsrat Dr. Raupfmeier schreibt uns: In Ihrer Nummer vom 12. März 1920 wurde Beschwerde darüber geführt, daß ich von der Gründung einer Gewerkschaft abgesehen habe, da der Staat keine Mittel habe. Diese Ausführung ist unzutreffend. Mein Schreiben an den Gemeinderat Aue vom 31. Januar 1920 lautet folgendermaßen: „Wie mir zu Gehör gekommen ist, besteht die Absicht, in Aue bei Durlach eine gemeinnützige Gewerkschaft zu gründen. In einem kürzlich herausgegebenen Bescheid des Arbeitsministeriums ist dringend abgeraten worden, weiterhin derartige keine Gewerkschaften an Orten zu bilden, in denen vorwiegend nur ein vorübergehendes Wohnungsbedürfnis zu befriedigen ist. Gewerkschaften, die gleichwohl ohne Zustimmung der Behörden gegründet werden, haben keine Aussicht auf Unterstützung durch Staatsstellenbesitzer.“ Es besteht jedoch die Absicht, für den Bezirk Aue eine Gewerkschaft zu gründen, ähnlich wie badische Pfalz. Die Gewerkschaften in Aue könnten sich dieser dann anschließen und die erforderlichen Bauten mit ihrer Hilfe durchführen.“

Ich habe also nichts anderes getan, als den Gemeinderat über vorliegende Schwierigkeiten aufzuklären. Der angeführte Ministerialertrag vom 29. Dezember 1919 wurde notwendig, weil in mandanten Orten Gewerkschaften gegründet wurden, von denen man von vornherein befristeten mußte, daß sie ihren schwierigen Aufgaben nicht gewachsen wären, und daß verhältnismäßig die Gründung von Bauvereinen durch Personen angelegt wurden, die nur eigene Interessen verfolgten.

Der Herr Vorsitzende hat die Angelegenheit in der Sitzung vom 23. März 1920 behandelt. Die Angelegenheit ist nunmehr in der Hand der Gewerkschaften. Ich habe die Angelegenheit in der Sitzung vom 23. März 1920 behandelt. Die Angelegenheit ist nunmehr in der Hand der Gewerkschaften.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Der Ablieferungspreis der Tabakpflanzler.

Vor kurzem tagten im Hotel „Europäischer Hof“ in Karlsruhe die Bezirksvertreter der Tabakpflanzergewerkschaften des Badischen Bauernverbandes. Nach einem Bericht des Vorsitzenden, Abgeordneten Fischer, Weihenheim und eingehender Aussprache wurde folgende Entschliessung einstimmig angenommen: „Nachdem die Fabrikanten und Händler des Reichs kommen mit der Dezag-Mannheim vom 4. März, wonach aus den gesetzlichen Preisen 150 % Zuschlag zu bezahlen sind, nicht anerkennen und die Abnahme des Tabaks auch zu den vom Reichswirtschaftsminister festgesetzten Bedingungen verweigern, halten sich die Pflanzler für berechtigt, nach freiem Ermessen über die 1919er Tabakernte zu verfügen. Sollte die Regierung unseren Standpunkt nicht teilen oder die Genehmigung zur Einfuhr ausländischen Tabaks erteilen, um den Händlern zu ermöglichen die badischen Landwirte die Rückgabe an den Feindbund, die ohne ihn eine schwere Schädigung unserer Landwirtschaft und weiter Konsumententfremdung, insbesondere der Kranken und Kinder bedeutet, und verweisen die Regierung auch bezüglich der Beschaffung von Vieh und Lebensmitteln auf die Einfuhr aus dem Ausland. Alle Bezirksorganisationen der Tabakpflanzler werden ersucht, sofern es noch nicht geschehen sein sollte, die Pflanzler unterstützend zu verpflichten, bei einer Vertragsstrafe von 1000 M pro Zentner an solchen Firmen oder deren Rechtsnachfolgern auf die Dauer von 10 Jahren keinen Tabak mehr zu liefern, die wegen Nichtablieferung des Tabaks gegen Pflanzler mit Anzeigen der Justiz, Klagen vorgehen. Anzeigen, wie sie Justizminister Traut in der 18. öffentlichen Sitzung des Badischen Landtages am 4. März gemacht hat, die Pflanzler würden die Hände über dem Kopf zusammenschlagen, wenn sie durch ihr Verhalten in der Tabakfrage von Haus und Hof gebracht würden, weisen wir uns mehr zurück, als von Badischen Landtag am 28. November die Freigabe des Tabaks mit Stimmenmehrheit gefordert wurde.“ — Wenn die Badische Regierung der Gewerkschaft des Badischen Bauernverbandes längstens bis Monatsende des 29. März, nichts Gegenseitiges berichtet, nehmen die Pflanzler an, daß die Regierung die Auffassung der Pflanzler teilt.

Wir dürfen uns also sicher annehmen, daß sich die Regierung auch durch derzeitige Erpressungen-Gewalt nicht bewegen läßt. Wir meinen aber, die Bauern sollten doch wenigstens Hinweise auf schwere Schädigungen der Kranken und Kinder aus ihren Kundgebungen weglassen, um sich selbst zu kennzeichnen die harterzogene Brutalität, mit der die Regierung auf die Einfuhr aus dem Ausland verweisen wird. Die Gewerkschaft ist wirklich nicht mehr nötig, denn was die Bauern hinsichtlich der schweren Schädigungen der Kranken und Kinder auf dem Gewissen haben, kann durch noch so große Protokolliertüren nicht mehr abgewaschen werden.

Ich schaute auf und mußte an mich halten, um nicht Zeichen des Schreckens zu zeigen. Das ganze Gesicht des Mannes war von einer Reihe entsetzlicher Narben zerfurcht, deren Vertiefungen in der Wärme des überhitzten Raumes rot aufglänzten. Drei sehr kleine, tiefstehende, helle Augen mit unerbittlicher Leuchtkraft leuchteten daraus hervor und die stellenweise wachsenden krauslamigen blonden Haare, die breite Nase gaben dem Gesichte etwas Bärenhaftes, dessen Eindruck noch durch die gewaltige Gestalt des Mannes mit dem langen Oberkörper und den unverhältnismäßig kurzen Beinen vermehrt wurde. Unser Wirt schien mein Erschauern bemerkt zu haben, denn er machte einen Versuch, zu lächeln, brachte es jedoch nur zu einer Verzerrung des Gesichtes und sprach: „Ja, Väterchen, da hatte ich einmal einen Tanz mit General Kruffow!“

Er meinte mit einem Bären. Die anderen lachten freudlich, wie wenn er einen guten Scherz gemacht hätte. Run wurden wir alle plötzlich sehr lebhaft. Wir beide machten ihnen begreiflich, daß wir uns einige Tage hier verdeden wollten, um den verfolgten Soldaten zu entgehen. Wußten wir doch, wenn es uns gelang, eine Wache unentdeckt zu bleiben, daß dann auch die Nachforschungen ermaten oder doch sich weiter westlich gegen Dmsk erstrecken würden, während wir beachtlich, das Altalagebrige entlang zum Saitensee und von dort durch die tatarischen Länder zu entkommen. Unsere Wirte steckten die Köpfe zusammen und beriethen heimlich miteinander. Besonders der Weißhaarige war sehr heftig.

„Wir wollen euch behalten, jedoch könnt ihr nur mit dem Nachts hier sein, denn da wagen sich die Soldaten nicht an uns. Untertags müßt ihr euch im Walde verstecken!“

Wir verbrachten das, und nun strecken wir uns auf die breite Bank zum Schlafen aus. Unter derselben regte sich etwas, jedoch war ich zu müde, um weiter darauf zu achten. (Fortsetzung folgt.)

Einfache Geschichten.

Von Hermann Stenz, Karlsruhe.

Nachdruck verboten.

Kind und Mann.

Wir machten einige Schritte vorwärts und drehten uns im Licht der Sterne langsam, nach allen Seiten ausschauend. Jetzt trat ein riesiger Mensch aus den nächsten Gebüsch und kam, von den Hunden begleitet, auf uns zu. Er trug einen kurzen Pelz und eine hohe Mütze. Die Finte lag kühn bereit in seinen Händen. Mißtraulich musterte er uns. Wohl eine lange Minute. „Es ist gut, kommt mit!“

Schweigend liefen wir eine Viertelstunde neben ihm her. Wir mochten kein Wort miteinander zu sprechen, in Sorge, den einzigen Menschen, den wir auf lange Zeit in dieser Wildnis treffen konnten, mißtrauisch zu machen. Dann lichtete sich der dicke Wald. Auf dem mäßig großen freien Platze, den wir betraten, stand eine aus dicken Stämmen gezimmerte, niedere aber umfangreiche Hütte. Dicker Schnee bedeckte deren Dach und den Boden der Nöschung, so daß nur die dunklen Wände des Gebäudes und hinter diesen die schwarzen Stämme des jenseitigen Gehölzlandes sichtbar wurden.

Die Hütte lag so tief im Walde versteckt, daß sie im Sommer noch weniger leicht zu finden war wie im Winter, während es im Winter aber jedenfalls mehr Wärme kostete, um zu ihr zu gelangen. Wir schritten dem Eingange der Hütte entgegen und folgten dabei einem Pfade, welcher frische Schneespuren aufwies.

Unser Führer stieß die Türe auf und ließ uns zuerst eintreten. Zwei Männer sprangen von ihren Eichen hoch und die Frau, an der dem Eingange gegenüberliegenden Wand, zog vor Ueberraschung einen Kinderkorb, welcher durch Stride an der Decke befestigt war, an sich. Wir starr-

ten hinzelnd in den großen Raum, denn das starke Feuer, welches inmitten desselben auf einer gemauerten Herdstelle brannte, blendete uns vorerf.

Der mit uns gekommene Mann schloß die Türe rasch hinter sich und wies uns Eise auf der breiten Holzbank neben dem Tische an. Die beiden Männer nahmen wieder Platz. Der kleinere besah lantige Gesichtszüge. Sein Gesicht war von struppigem Barte umwachsen, welcher gleich den Kopfhaaren so weiß schien, daß man in der Schattenhöhe des starken Feuers nicht beurteilen konnte, ob der Mann alt und grau oder jung und blond war. Der Größere besah hervorragende Backenknochen, tiefstehende Augen und eine stark vorpringende Nase mit breiten Nüstern. Sein dunkles Haupthaar und der Bart waren kurz geschritten. Die Frau war von mittelgroßer, voller Gestalt. Ihr Gesicht verhielt sich beinahe unter dem Kopftuch. Alle musterten uns erkaunt.

„Hörst du wohl, Mamascha, hier bringe ich dir zwei Unglückliche!“ tönte die Stimme des Mannes, der uns gebracht hatte, von der Türe her. Er wandte uns den Rücken, da er während dieser Rede Pelz und Gewehr an die Wand hina. Die Frau schob das Kopftuch zurück und betrachtete uns längere Zeit schweigend. Dabei konnte ich sehen, daß sie einmal hübsch gewesen sein mochte. Ihr Züge zeigten Mitleid. Sie trat zur Feuerstelle und nahm zwei Holzschalen. Von der Decke herab hing an eiserner Kette ein großer Keisel, aus welchem sie Lee schöpfte und uns denselben reichte. „Nehmt, ihr werdet kalt sein nach dem langen Wege!“

Wir merkten, sie hatten begriffen, daß wir Entflozene waren. Jedoch wußten wir nicht, was diese Menschen hier in die einsame Ansiedlung mitten im dichtesten Walde trieb. Dann brachte das Weib ein Stück aus Mehl und geriebener Baumrinde gedankenen Brotes. Niemand sprach ein Wort weiter, bis wir gegessen hatten. Dann trat unser Wirt zu uns und fragte mit sanfter Stimme: „Wo wollt ihr jetzt hingehen, Väterchen?“

Ich schaute auf und mußte an mich halten, um nicht Zeichen des Schreckens zu zeigen. Das ganze Gesicht des Mannes war von einer Reihe entsetzlicher Narben zerfurcht, deren Vertiefungen in der Wärme des überhitzten Raumes rot aufglänzten. Drei sehr kleine, tiefstehende, helle Augen mit unerbittlicher Leuchtkraft leuchteten daraus hervor und die stellenweise wachsenden krauslamigen blonden Haare, die breite Nase gaben dem Gesichte etwas Bärenhaftes, dessen Eindruck noch durch die gewaltige Gestalt des Mannes mit dem langen Oberkörper und den unverhältnismäßig kurzen Beinen vermehrt wurde. Unser Wirt schien mein Erschauern bemerkt zu haben, denn er machte einen Versuch, zu lächeln, brachte es jedoch nur zu einer Verzerrung des Gesichtes und sprach: „Ja, Väterchen, da hatte ich einmal einen Tanz mit General Kruffow!“

Er meinte mit einem Bären. Die anderen lachten freudlich, wie wenn er einen guten Scherz gemacht hätte. Run wurden wir alle plötzlich sehr lebhaft. Wir beide machten ihnen begreiflich, daß wir uns einige Tage hier verdeden wollten, um den verfolgten Soldaten zu entgehen. Wußten wir doch, wenn es uns gelang, eine Wache unentdeckt zu bleiben, daß dann auch die Nachforschungen ermaten oder doch sich weiter westlich gegen Dmsk erstrecken würden, während wir beachtlich, das Altalagebrige entlang zum Saitensee und von dort durch die tatarischen Länder zu entkommen. Unsere Wirte steckten die Köpfe zusammen und beriethen heimlich miteinander. Besonders der Weißhaarige war sehr heftig.

„Wir wollen euch behalten, jedoch könnt ihr nur mit dem Nachts hier sein, denn da wagen sich die Soldaten nicht an uns. Untertags müßt ihr euch im Walde verstecken!“

Wir verbrachten das, und nun strecken wir uns auf die breite Bank zum Schlafen aus. Unter derselben regte sich etwas, jedoch war ich zu müde, um weiter darauf zu achten. (Fortsetzung folgt.)



# Politische Uebersicht.

## Ueber die Lage im Rheinland

Nach der „Frankf. Ztg.“ berichtet:

Am 28. März. Auch die gestrigen Verhandlungen zwischen den Vertretern der Nationalen und den militärischen Führern der Roten Armee haben keine Klärung gebracht. Die Vertreter der Front, die anfänglich von einer Vermeidung des unfruchtlichen Wutergießens überhaupt nichts wissen wollten, haben sich schließlich zur Einstellung der Kampf bereit erklärt, wenn die Regierung die bindende Zustimmung gibt, die Reichswehr völlig zu entwaffnen und auszulösen und die Waffen an eine ausschließlich aus Arbeitern zu errichtende Volkswehr abzuliefern. Der Zentralrat hat offenbar selbst erkannt, daß diese für die Regierung unannehmbaren Bedingungen nicht die Grundlage zu einer Verständigung bilden können, hat nach Berlin den Vorschlag gemacht, zunächst eine Waffenruhe einzutreten zu lassen, um die definitive Einstellung des Kampfes in Verhandlungen abzuwarten. Auf dieses Angebot, das gestern in später Abendstunden nach Berlin übermittelt wurde, ist bis jetzt eine Rückmeldung der Regierung noch nicht erfolgt.

Der Zentralrat, dessen überwiegende Mehrheit auf dem Standpunkt steht, daß der völlig gnedlose Kampf unter allen Umständen abgebrochen werden muß, ist durch den blind wütenden Fanatismus seiner eigenen, politisch noch links von den kommunistischen stehenden Militärs (1) in eine sehr heftige Situation geraten. Er ist offensichtlich mit allen Mitteln befaßt — und selbst die unabhängigen und kommunistischen politischen Führer werfen ihre ganze Autorität in die Waagschale — einen Weg zu einer Verständigung zu finden. Auf der anderen Seite aber scheint es der Zentralrat nicht zu wagen, es mit den abtrünnigen Verbänden der Front, die die Masse der Wehrmacht hinter sich haben, zum offenen Bruch kommen zu lassen. Diese Zwitterstellung zeigt ein Auf und Ab, in dem sich der Zentralrat sehr entschieden gegen jede Art von Abenteuerpolitik wendet und anspricht, daß die militärische Aktion sich den politischen Entscheidungen des Zentralrats anpassen habe, daß das Proletariat einen politischen Kampf mit bestimmten Zielen führe. In dem gleichen Auf und Ab wird betont, daß die Militärs auf dem Sprung ständen, durch einen zweiten Schritt die Gewalt an sich zu reißen. Dieser zweite Schritt könne nur vorgebeugt werden, wenn das Proletariat durchdringt, wenn alle ohne Unterschied der Partei in den Kampf gegen den gemeinsamen Feind, den Militarismus, eintrifft.

Auch die Radikalisierung, die die Bewegung hinter der Front in einzelnen Städten angenommen hat, ist dem Zentralrat offenbar sehr unangenehm. Im Anschluß an die politische Propaganda des in Duisburg aus Vertretern der verschiedensten Klassen gebildeten Aktionsausschusses teilte er heute mit, daß Eingriffe in das Wirtschaftsleben von den dortigen Behörden nur im Einverständnis mit dem Zentralrat vorgenommen werden dürfen. Auf der anderen Seite aber zeigt die Reihe neuer Beschlüsse, zu denen er sich hat drängen lassen, daß nicht mehr die politischen Führer, sondern die unverantwortlichen Elemente, die heute in der Roten Armee das große Wort führen, Herren der Lage sind. Die Verlegung, daß neben den Unternehmen auch die Gemeinden nicht nur für die Verpflegung und Bezahlung der Roten Armee aufkommen haben, sondern daß darüber hinaus auch noch Aufstellungen, Ausrüstung, insbesondere Geschütze, wolle Deden usw., an die Truppen zu liefern sind, zeigt, in welcher Richtung der Wogen läuft. Das hat immerhin das Gute, daß die gesamte Arbeiterfront des Industriegebietes bis weit in die Reihen der Unabhängigen und Kommunisten hinein rasch erkennen wird, daß ihre wahren Interessen nicht auf der Seite der Abenteuerler liegen, und daß sie den Mut finden wird, das Gefühl, das den Kampf lediglich noch um des Kampfes willen führt, gründlich zu überdenken.

Am 28. März. Die Division Koblenz hatte gestern das Lager bei Friedrichsruhe geändert. Auf der Gegenseite große Verluste. Erbeutet wurde eine schwere Feldhaubitze, eine Feldmine, eine Revolverwaffe und mehrere leichte Minenwerfer, sowie zahlreiche Maschinengewehre und große Munitionsladungen. Das Eintreffen der Truppen südlich Wesel wurde von den Zivilinspektoren vor einer weiteren Besetzung durch rote Artillerie zu scheitern. Die gegnerische Artillerie wurde teils genommen und mit den Resten soweit zurückgeführt, daß eine Besetzung Wesels nicht mehr zu befürchten ist.

## Der Brand des Leipziger Volkshauses.

Die Mannheimer „Tribüne“ brachte das Schauermärchen, daß beim Brand des Leipziger Volkshauses ein Mann mit einem Revolver in der Hand geflohen sei, um sich selbst zu erschießen. Ein Augenzeuge des Brandes berichtet darüber in der „Mannheimer Volksstimme“ wie folgt: Im Volkshaus war das Hauptquartier der Kommunisten und Spartakisten. In den umliegenden

Häusern und auch gegenüber waren von Seiten der Arbeiterkämpfer Maschinengewehre aufgestellt, auch zahlreiche Gewehrpatronen waren ringsum verteilt. Das Volkshaus erhielt 5-6 Granatwerfer, und man sah deutlich, wie beim dritten Treffer die Flammen zum Dach und obersten Stockwerk herausstiegen, und im Augenblick brannte schon das ganze Gebäude von der 1. Etage an. Die Reichswehr stürmte und drang trotz Feuer in das Gebäude und brachte die Leute heraus. Die Feuerwehr raste heran und versuchte, von der Frontseite her zu löschen; dies war aber nicht möglich, weil — die Spartakisten und Kommunisten ein mächtiges Feuer auf die Feuerwehr abgab, so daß diese gezwungen wurde, abzurücken, bzw. in die rückwärtige Straße sich zu begeben.

So der Herang. Die Spartakisten haben es verhindert, daß die Rettung des Volkshauses gelang, und nicht umgekehrt. — Die „Tribüne“ wird natürlich ruhig weiter behaupten, daß die Truppen die Volkshäuser verbrannt hätten, denn ohne solche Katastrophen-Nachrichten hätte ja die „Tribüne“ ihre Leserschaft verloren.

## Ein Wahlaufruf des Zentrums.

Der Vorstand der Zentrumsfraktion in der Nationalversammlung wendet sich in einem Aufruf an die Mitglieder der Zentrumspartei. Er nennt die Militärrevolte vom 13. März ein unüberwindliches Verbrechen am deutschen Volk und einen Hochverrat schämmster Art. Die Zentrumspartei hätte keinerlei Teil an solchem verbrecherischen Tun. Ihre in Berlin damals anwesenden Abgeordneten hätten ohne Hören abgelehnt, bei diesen Dingen mitzuwirken. Eine Arbeiterregierung, also eine einseitige Klassenregierung, lehne das Zentrum grundsätzlich ab, weil sie ohne Zweifel weiter nach links und zu einer Diktatur und über den blutigsten Bürgerkrieg wahrscheinlich zum Volkswort führen würde. Das Festhalten an der Koalition sei das zunächst allein Gegebene. Der Aufruf wendet sich weiter an die Parteifreunde im Lande und fordert zu reger Wahrheitsarbeit auf. Es werden folgende Forderungen aufgestellt: 1. Grundständige Aufrechterhaltung der Weimarer Verfassung mit allen nur möglichen Mitteln. 2. Eine Regierung, die den Willen und die Mittel besitzt, auf dem Gebote der Stunde die besten Wege verfassungsmäßige Zustände wiederherzustellen und zu sichern. 3. Die Organisation einer Wehrmacht, die verfassungsmäßig bis zum Opfer von Blut und Leben ist. 4. Schärfste Abgrenzung aller gewalttätigen Umsturzbestrebungen ohne Ansehen der Person oder Partei. 5. Ablehnung und Bekämpfung jeder Klassenherrschaft. 6. Entschlossene Durchführung einer sozialen Demokratie unter Gleichberechtigung aller Stände, gleiches Recht für jeden Staatsbürger und jeden Berufsstand, Demokratie in deutschem und christlichem Geiste.

Mannheim, 29. März. Die hier gebildeten revolutionären Betriebsräte scheinen sich auf die Dauer nicht halten zu können. Eine Abordnung des revolutionären Betriebsrates der Firma Benz hat den Oberbürgermeister um eine Vermittlung bei dem Generaldirektor der Firma ersucht. Darauf erklärte sich die Direktion der Benzwerke bereit, den Betrieb wieder zu eröffnen.

## Badische Politik.

Der neue badische Finanzminister. Die Zentrumsfraktion des badischen Landtages wird, wie wir hören, an Stelle des zum Reichsfinanzminister ernannten bisherigen badischen Finanzministers Dr. Wirth den Staatsrat Höfler zum Finanzminister Badens vorschlagen.

Ueber die Förderung der Berufsbildung der Landwirte hat das Ministerium des Innern in einem Rundschreiben an die Landwirtschaftslehrer besondere Weisungen gegeben, in welchen u. a. ausgeführt wird, daß das der Landwirtschaft gesteckte Ziel: Steigerung der Erträge sämtlicher Betriebszweige unter Anspornung an die durch den Krieg veränderten Verhältnisse, sich nicht bloß durch die mehr ins allgemeine gehende Vorbildung des Bauernstandes in Fachschulen erreichen läßt, sondern daß es dazu auch der ständigen Beratung jedes einzelnen Bauern aufgrund der Forschungsgebiete der Wissenschaft und der Erfahrungen der Praxis bedarf. Das Ministerium regt an, möglichst zahlreich Beispielschulen einzurichten, den Sinn für Restaurations- und Zusammenlegungen und Feldvereinigungen, für möglichst wirtschaftliche Benützung der Flächen für das Genossenschaftswesen und für die Durchführung zu weiden. Weiterhin soll aber auch das Verständnis für die Verwendung arbeitsfähiger Maschinen, für rationelle Düngung und einwandfreies Saatgut verbreitet werden. Auch die durch den Krieg unterbrochenen Beziehungen zu den Vereinigungen ehemaliger landwirtschaftlicher Winterhülfer sollten wieder aufgenommen werden. Eine der Hauptaufgaben der Landwirtschaftsinspektoren werde aber auch die Wiedergabe des Verständnisses zwischen Stadt und Land sein.

Februariübersicht der badischen Staatsbahnen. Die Februareinnahme ist auf 27 915 000 M. (gegen das Vorjahr + 18 761 000 M.) geschätzt, davon 6 400 000 M. (+ 3 775 000 M.) aus dem Personen- u. w. Verkehr, 18 515 000 M. (+ 13 486 000 M.) aus Güterverkehr und 3 000 000 M. (+ 1 500 000 M.) aus sonstigen Quellen. Auf 1 Kilometer Betriebslänge treffen 15 267 M. (+ 10 236 M.). Die Einnahme vom Januar 1919 bis mit Februar 1920 stellt sich schätzungsweise auf 280 027 000 M. (+ 93 926 000 M.), auf 1 Kilometer Betriebslänge 154 048 M. (+ 51 780 M.). Der Reiseverkehr erfuhr in der zweiten Monatshälfte zweifellos im Hinblick auf die am 1. März eintretende Fahrpreiserhöhung eine erhebliche Zunahme. Der Sonntagspersonenzugsverkehr ist noch eingestellt. Das Samstagspaar Karlsruhe—Konstanz wurde ab und bis Mannheim geführt. Für die rückkehrenden Kriegsgefangenen verkehren zahlreiche Sonderzüge. Der Tierverkehr blieb schwach. Im Laufe des Monats setzte wieder starker Güterverkehr ein, offenbar durch die bevorstehende Tarifierhöhung hervorgerufen. Eine größere Zahl Sonderzüge — auch für Kohlen nach der Schweiz — war erforderlich. Rhein- und Neckarschiffahrt waren den ganzen Monat offen, der Wasserverkehr war ziemlich stark. Infolge Steigerung des Güterverkehrs trat Mangel an Wagen aller Gattungen ein, der sich gegen Monatsabschluss andauernd verschärfte.

## Aus der Partei.

Di. Grödingen, 28. März. Eine stattliche Zahl neuer Abonnenten haben wir durch intensives Arbeiten der Straßennobleteure zu verzeichnen; aber immer von neuem muß an die Arbeit gegangen werden und mit noch mehr Energie. Denn es ist Pflicht aller Sozialdemokraten, für die Parteipresse zu agitieren und für ihre Verbreitung zu wirken. Unsere machtvolle Demonstration hat den Grödingen reaktionären Herrschaften gezeigt, daß hier kein Boden für ihre Bestrebungen vorhanden ist, daß die Arbeiterklasse bei kommenden reaktionären Versuchen dieselbe Kraft und Schnelligkeit aufbringen wird, wie sie es diesmal fertig gebracht hat. Wenn alle jene, die der Demonstration beigewohnt haben, die Arbeiterzeitung lesen, dann wird die Bezieherzahl eine noch größere werden. Darum Genossen, von neuem: An die Arbeit, voll Kampfesfreude und Zuversicht! In jedes Arbeiterhaus das Arbeiterblatt.

Kommenden Donnerstag, 1. April, abends 8 Uhr, findet im Lokal zum „Badischen Hof“ eine Parteiverammlung statt. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Genossen, in der Versammlung zu erscheinen.

## Soziale Rundschau.

### Mangelhafte Ernährung unserer Säuglinge.

Anlaßlich einer in Karlsruhe abgehaltenen Tagung des Verbandes badischer Fürsorgerinnen sprach Prof. Dr. Ludwig Heibel über den Mangel der derzeitigen Ernährung unserer Säuglinge, die allgemeine Beachtung, namentlich auch seitens der Kommunalverbände, verdienen. Im Laufe der letzten Jahre werden chronische Ernährungsstörungen infolge von Mangelernährung immer häufiger. Schuld daran ist, — wenigstens gilt dies für die ländlichen Bezirke Badens, — nicht so sehr ein Mangel an Milch. Sehr viel nachteiliger ist vielmehr die Knappheit an geeignetem Mehl und ganz besonders an Zucker. Da das Kriegsmehl für die Säuglingsernährung nicht in Betracht kommt und Weizenmehl vielfach nicht zur Verfügung steht, muß die Milch auch für ältere Säuglinge mit gehaltreichen Mehlsatzungen in der Regel mit den nährstoffarmen Schleimabschäumen aus Aalen und Göttingen vermischt werden. Nach bedeutungsvoller aber ist die Zuckerknappheit. Der für die üblichen Milchverdünnungen unbedingt erforderliche Zuckersatz kann in manchen badischen Gemeinden nicht in der genügenden Menge erfolgen, da die Belieferung durch die Kommunalverbände eine ungenügende ist. Auch jüngere Säuglinge bedürfen 2-2½ Pfund, solche vom 4. Lebensmonat an 3 Pfund monatlich, damit der durch die übliche Milchverdünnung eintretende Verlust an Nährwert wieder genügend ausgeglichen wird. Aber auch dort, wo genügend Zuckermengen verabfolgt werden, kommen die Säuglinge vielfach nicht zu ihrem vollen Recht, da die Mütter in Verleumdung des großen Nährwertes des Zuckers von der dem Säugling zuzumessenden Menge noch einiges im allgemeinen Haushalt verwenden oder gar für die Einkaufzeit aufsparen. Auf den hohen Nährwert des Zuckers, der niemals durch das nur als Süßstoff in Betracht kommende Saccharin ersetzt werden kann, sollten alle Mütter eindringlich hingewiesen werden.

Auf derselben Tagung hielt Herr Medizinalrat Dr. Bongart einen Vortrag über „Die Stellung der Fürsorgerinnen zu den Ärzten“, der eine lebhafte Debatte hervorrief. Bei der Behandlung der Verbandangelegenheiten wurde beschlossen, daß der Fürsorgerverband auch fernerhin dem Landesverband für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge angegliedert zu bleiben wünscht.

## Theater, Kunst und Wissenschaft.

### Badisches Landestheater.

zum ersten Mal: „Armut“. Trauerspiel in 5 Aufzügen. Von Anton Wildgans.

Als Dichtung würdig und beachtenswert, die, wie gleich vorausgenommen werden soll, die Zufuhr in den Mann einer gewissen Egriffenheit schlug, jener echten Egriffenheit, die sich im Unterleibe alles Weils fundiert, — leider kein Drama. Wildgans kommt von der Lyrik, das lyrische Bestreben ist denn auch die Stärke seines Werkes. Einen Hymnus auf die Armut, auf Enttäuschung, Verzicht und lächelndes Sterben stimmt der Dichter an, und wir folgen dem Klang seiner melodisch fallenden Worte mit teilnehmendem Herzen. Als Bühnendrama wird es sich zweifellos länger halten, als auf dem Spielplan. Denn dem Dichter fehlt die lebendige Kraft, die Masse des Stoffes in Bewegung zu bringen. Die Schwäche tritt besonders im 4. Akt hervor, wo er aus dem naturalistischen Stil in die expressionistische Manier springt. Es stimmt durchaus, was Julius Bab schreibt: „Wenn ihm der dramatische Einfall nicht kommen will, dann gebärdet sich der Dichter plötzlich expressionistisch.“ Diese Armut an dramatischem Können teilt Wildgans mit anderen seiner Kollegen dieser Richtung, denen kürzlich Alfred Herr trotz aller Liebe zurief: „Lacht euch etwas einfallen, meine Herren!“ Was Wildgans an Detailarbeit liefert, entspricht einigemmaßen und selbst das Interesse. Die Figuren des Schaller, des in Armut selig hinstirbenden Postbeamten, seine Tochter Marie, die zur Rettung des Vaters sogar ihre Ehre verkaufen will, die durch ein Leben voll Glends herbeigeführte Mutter sind gute Gestalten. Die beiden Studenten mit ihrem brutalen Synismus, den guten alten Militärarzt, den Dandelsbuben und den Bediensteten der Bestattungsgesellschaft darf man sogar als hervorragende Charakterstudien seiner Charakterzeichnung ansprechen. Nur gibt das alles kein dramatisches Leben; welche lyrische Traummimik, der Erde entrückt, ins Uebernatürliche ragend, ist schließlich das Einzige, was herauskommt. Es ist ein Stimmungsbild, als solches allerdings bewundernswürdig. Der Okawaner Gottfried, den Wildgans für sich beizubehalten läßt, will mir weniger gefallen. Die Figur ist un-

wahr. In den ersten drei Akten erträgt man sie noch, aber in den beiden letzten wird es einem über, wenn man sieht, wie dieser allzu, gleichgültige Spinner alles Geschehen à tempo mit schon gelesenen Worten gloriert, der so sensibel über den eigenen Zustand reflektiert, wie es der gereifte Dichter selbst, aber niemals ein Okawaner tut. Ueberhaupt sagt mir diese Figur schon wegen ihrer weiblichen Talosigkeit nicht zu, die sich in alles schickt und einen lächelnden Synismus um sich dreht. Armut und Scham darüber ist schließlich doch auch ein Sport und ein Schauspiel. Was wäre die Kultur unserer Welt ohne die Peinlichkeit der Not? Diesem schaffen, lächelnden Rennläufer, der so die Mägel hängen läßt, möchte man Luthers Wort zurufen: „Was nutzlos ist, ist vom Teufel!“

Mit der feinfühlig auf den Stimmungseffekt zugeschnittenen Vorstellung hat Baumhach wieder einen Verhängungsnachweis zum Spielleiter gebracht. Es wurde zum Teil klassisch gesprochen, besonders in den Verspartien; hier darf man den (leider oft unverständlichen) Paul Müller und Fritz Herz ausquert nennen. In den realistischen Szenen waren Höcker als Spiller und Frau Frauendorfer als dessen Frau mit ihrer trefflicheren Kunst bestens am Platz. Fr. Holz gab mit ihrer Marie neue Beweise einer zunehmenden künstlerischen Reife. Glänzend und ohne die beliebten karikierenden Uebertreibungen charakteristischer Gemerke den Dandelsbuben, den er sicher an einem Original aus der Gegend südlich des Rheins studiert hat; wenig geben ihm nach Faschen als alter Arzt und Ulrich als Bestattungunternehmer. Die Studenten-szene des dritten Aktes gestalteten Baumhach und Effel zu einem kaum zu übertreffenden Meisterwerk. So wurde die Vorstellung, der Würde und dem hohen sittlichen Ernst der Dichtung angepaßt, zu harmonischer Größe heran und hinterließ trotz der technischen Mängel einen bleibenden Eindruck, was ja schließlich die Hauptsache ist.

Ueber Mozarts „Don Juan“ liegt stets ein eigener Reiz, wie ihn keiner trefflicher als C. L. A. Hoffmann in seiner noch dem Stück benannten Novelle herausgeholt hat. Grundbedingung für das Empfindenwerden dieser, fast möchte man sagen metaphysischen Stimmung ist aber eine in jeder Beziehung selbstgefällige Aufführung, wie sie am letzten Donnerstag nicht eigentlich zu treffen war. Mozart singen ist nicht einfach!

Einem famosen Künstler, dem „raus hat“, heißen wir in Hermann G., dessen Leporello neben seinem Figaro eine Leistung ist, um die man sich noch kümmern wird. So gut wie diesmal sang Benno Ziegler den Don Juan noch nie. Die gewählte Eleganz und Schmiegsamkeit im Ton und in der Geste entzückte stets aufs neue; nur von der Dämonie seiner früheren Verkörperungen der Rolle hat er einiges eingebüßt. Müge er schließlich wieder aufnehmen! Marie von Ernst erwies sich wieder als Sängerin mit ersten Fähigkeiten. Dedy Tracema-Wrügelmann begann ihre Arien denkbar klugbar — um am Schluß nachzulassen. Weshalb? Ist ihr vielleicht die Richard Straußwunde in die Kehle geprüngt? Franz Schwerdt sang die Rezitation recht gut. — Ein in Gesang, wie von allem beim Mafetto auch im Spiel, vortreffliches Mädchen boten Elisabeth Friedrich und Rudolf Ralsh-Motta. Das Orchester entwickelte zwar unter Fritz Cortolezis eine reiche Klangfülle, — das „Lehte“ aber fehlte dieser Aufführung fast gänzlich. Man konnte nicht so recht warm werden, weil es ein wenig wertloslich herging.

Und dann noch eins: Die Hintergrundulisse des zweiten Bildes ist von einem geradezu rührenden Mangelbewußtsein befeelt: vom Alpenstein bis zum arabischen Landhaus — alles ist drauf zu sehen. Das geht heutzutage nicht mehr. Und weshalb wird so was am Landestheater geboten? Weil der geachtete Fachmann für die Ausgestaltung des Bühnenbildes fehlt! Man wende nicht ein, dieses Manko beseitigen, hieße das Defizit vergrößern. Im Gegenteil! Ueberhaupt das Defizit! Derzeit, ist denn es so schlimm? Die Stadt sehe sich doch einmal die Anlagen für andere Institute usw. an — Zahlen wollen wir zu ihren Gunsten keine anführen — und vergleiche damit die so „ungeheuerlich“ sein sollenden Theaterausgaben. Man kann auf das Ergebnis dieses „Vergleichs“ gespannt sein. Also: wäre der geeignete Mann da, so ließe sich nicht nur manches Repräsentative beheben, es würden auch so bedeutungsvolle Vorformnisse wie das Städtetheater der Winterbühne in der Friedhofszene nicht vorkommen. Und den Genannten finden? Nun, wir haben ja auch den Intendanten gefunden, der hier notat, so wird sich der Nützliche finden lassen. s. k.







# Publizitäts-Steuer-Ordnung der Stadt Karlsruhe.

Änderungen in der gültigen Fassung

§ 1. Die Publizitäts-Steuer im Sinne dieser Steuerordnung gelten:

1. Deklamatorische Vorträge, Rezitationen und Vorträge.
2. Musikvortritte u. dergl. in Kaffeehäusern, Gastwirtschaften, Schenkstuben, öffentlichen Vergnügungsorten, Buden oder Zelten, sowie auf öffentlichen Wegen und Plätzen.
3. Glühbirnen, Glühkerzen, Glühmaschinen, Glühmaschinen und dergl., Musikautomaten, Sprechautomaten, Schieß- oder Büchsenautomaten und ähnliche Apparate, die zur Befestigung des Publikums dienen oder bei deren Benutzung gegen Entgelt ein Gewinn in irgend welcher Form in Aussicht gestellt wird; Tanzunterhaltungen.
4. alle sonstigen den vorstehend aufgeführten ähnlichen Veranstaltungen.

§ 2. Für die Steuerpflicht der in § 1 und 2 bezeichneten Veranstaltungen ist es gleichgültig, ob ein Entgelt in irgend welcher Form erhoben wird oder nicht.

§ 3. Wenn der Zutritt zu den Veranstaltungen von der Zahlung eines Entgelts abhängig gemacht wird, oder nur aufgrund von Eintrittskarten oder sonstigen Ausweisen (Programmen, Mitgliedskarten, Gutscheinen u. dergl.) zulässig ist, wird die Steuer in der Regel als Kartensteuer, in allen anderen Fällen als Lage (Pauschalsteuer) erhoben.

§ 4. Der Steuer unterliegen nicht:

1. Veranstaltungen, welche ausschließlich wissenschaftlichen, belehrenden, patriotischen, religiösen oder Unterrichtscharakter haben oder der öffentlichen Aufklärung dienen, und wobei ein Entgelt in irgend welcher Form nicht erhoben wird.
2. Veranstaltungen, welche ausschließlich von Schülern oder für Schüler hiesiger Unterrichtsanstalten zu Unterrichts- oder Bildungszwecken abgehalten und von einer Schulleitung überwacht werden.
3. Teilnehmer an einer Veranstaltung sind alle Anwesenden mit Ausnahme der in Ausübung ihres Berufes oder Gewerbes (als berufsmäßige Musiker, Sänger, Schauspieler oder als Refektor u. dergl.) an der Veranstaltung beteiligten Personen.

## II. Kartensteuer.

§ 5. Die Kartensteuer beträgt (mit Ausnahme von § 7) für alle zu Veranstaltungen der in § 2 bezeichneten Art ausgegebenen Eintrittskarten oder sonstigen Eintrittsausweise (§ 3):

- a) bei freiem Eintritt oder einem Eintrittsgeld bis zu 50 Pfg. einchl. 5 Pfg.
- b) bei einem Eintrittsgeld bis zu 0,75 M. einchl. 10 Pfg.
 

1.-	15
1.50	20
2.-	25
2.50	30
- c) bei höherem Eintrittsgeld für jede weitere angegebene halbe Mark weitere 10 Pfg.

§ 6. Maßgebend für die Höhe der Kartensteuer ist der für die einzelne Veranstaltung geltende Karten-Eintrittspreis, beim Vorverkauf von Karten zu ermäßigtem Preise also der volle Kartenpreis.

## III. Lagen (Pauschalsteuer).

§ 7. Für Veranstaltungen der in § 2 bezeichneten Art werden, soweit sie nicht Kartensteuerpflichtig sind, Lagen nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen erhoben. Dies gilt insbesondere dann, wenn das Eintrittsgeld (§ 3, 6 ff.) nicht das wirkliche Entgelt für den Besuch der Lustbarkeit darstellt.

- I. Für eine Theatervorstellung (§ 2 Ziffer 1), wenn Plätze vorhanden sind:
 

bis 300 Personen einchl. 5 M.	bis 10 M.
bis 500 Personen einchl. 10 M.	bis 20 M.
bis 1000 Personen einchl. 20 M.	bis 50 M.
über 1000 Personen	mindestens 50 M.
- II. Für eine deklamatorische Vorträge, Rezitationen u. dergl. im Sinne des § 2 Ziffer 2, wenn Plätze vorhanden sind:
 

bis 300 Personen einchl. 5 M.	bis 10 M.
bis 500 Personen einchl. 10 M.	bis 15 M.
bis 1000 Personen einchl. 15 M.	bis 20 M.
über 1000 Personen	mindestens 20 M.
- III. Für Musikvorführungen (§ 2 Ziffer 3)
  1. in geschlossenen Räumen: dieselben Sätze wie bei Ziffer I.
  2. Für Spezialitätenvorstellungen (§ 2 Ziffer 4):
    - a) wenn sie längstens bis 11 Uhr abends dauern mindestens 3 M.
    - b) wenn sie über 11 Uhr abends hinaus dauern mindestens 6 M.

§ 8. Für Veranstaltungen dieser Art, welche auf längere Zeit in regelmäßiger Wiederkehr und wöchentlich mindestens zweimal veranstaltet werden sollen, kann die Steuer — beim Vorhandensein besonderer Umstände unter Ermäßigung um höchstens 50 Prozent — für einen bestimmten Zeitraum in einer Gesamtsumme festgesetzt werden, welche im monatlichen Zeitbetrage im Voraus zu entrichten ist.

V. Für Sing- oder Festspiele, Vorführungen lebender Bilder, Lichtbilder (§ 2 Ziffer 5) gelten die Sätze wie für Nr. IV.

VI. Für Karussells, und andere Kunststücke, Vorträge (§ 2 Ziffer 6):

- a) wenn das Eintrittsgeld höchstens 1 M. beträgt oder statt eines Eintrittsgeldes eine Sammlung unter den Zuschauern veranstaltet wird, für den Tag 1—10 M.;
- b) wenn Eintrittsgeld bis 3 M. erhoben wird, für den Tag 10—30 M.;
- c) wenn das höchste Eintrittsgeld über 3 M. ansteigt, für den Tag mindestens 30 M.

VII. Für Panoramata und ähnliche Vorführungen (§ 2 Ziffer 7), wenn Plätze vorhanden sind: bis 200 Personen einchl. 1—10 M., für bis 400 Personen einchl. 10—15 M., über 400 Personen mindestens 15 M., jeden Tag.

VIII. Für Marionettentheater, Puppentheater, Marionetten u. dergl. (§ 2 Ziffer 8):

- a) wenn bei denselben kein Eintrittsgeld oder ein solches von höchstens 50 Pfg. erhoben wird, für den Tag 1 M. bis 2 M.;
- b) wenn ein Eintrittsgeld von mehr als 50 Pfg. erhoben wird, für den Tag 2 M. bis 4 M.;
- c) wenn ein Eintrittsgeld von mehr als 4 M. erhoben wird, für den Tag mindestens 4 M.

IX. Für Musikvortritte u. dergl. in Kaffeehäusern u. dergl. (§ 2 Ziffer 9), wenn Plätze vorhanden sind: bis 300 Personen einchl. mindestens 3 M., für mehr als 300 Personen mindestens 5 M. für jede Veranstaltung.

X. Für den Betrieb einer Glühbirnenbude, eines Glühkerzen-, eines Glühmaschinen-, für eine Gabenverteilung u. dergl. (§ 2 Ziffer 10) für den Tag mindestens 1 M.;

XI. Für Musikautomaten u. dergl. (§ 2 Ziffer 11) bis 100 M.;

XII. Für Schaustellungen von Menschen, Tieren, Darstellungen von Gymnastiken u. dergl. (§ 2 Ziffer 12):

die Sätze wie bei Ziffer VIII.

XIII. Für den Betrieb eines Karussells u. dergl. (§ 2 Ziffer 13):

- a) wenn durch Reiskraft bewegt, für den Tag 2 bis 4 M.;
- b) wenn durch tierische Kraft bewegt, für den Tag mindestens 4 M.;
- c) wenn durch Motorkraft bewegt, für den Tag mindestens 5 M.;

XIV. Für den Betrieb einer Schaukel für den Tag mindestens 1 M.;

XV. Für eine Weibahn für den Tag mindestens 5 M.;

XVI. Für den Betrieb einer Schießbude (§ 2 Ziffer 14):

für den Tag mindestens 2 M.

## XVII. Für Tanzunterhaltungen (§ 2 Ziffer 15)

A. Gemischte Tanzunterhaltungen	B. Bei Teilnahme von mehreren oder verheirateten Personen:	
	bis 12 Uhr abends	über 12 Uhr abends
bis 200 einchl. 15	30	100 Prozent Aufschlag
bis 300 einchl. 20	40	
bis 400 einchl. 25	50	
bis 500 einchl. 30	60	
über 500 einchl. 35	70	
mindest. 50	mindest. 100	

XVIII. Für Karnevalsveranstaltungen u. i. v. (§ 2 Ziffer 16) gelten mindestens dieselben Sätze wie für Tanzunterhaltungen (§ 2 Ziffer 15).

XIX. Für Stützungsfeiern, Gartenfeste u. dergl. (§ 2 Ziffer 17): für jeden einzelnen Anlaß mindestens 3 M.;

XXI. Für sonstige Veranstaltungen (§ 2 Ziffer 21): für das Jahr 1 M. bis 100 M. für den Tag 50 Pfg. bis 30 M.;

## VI. Gemeinsame Vorschriften für Kartensteuer und Lagen.

§ 9. Werden mehrere steuerpflichtige Veranstaltungen in demselben Räume zu gleicher Zeit oder unmittelbar aufeinanderfolgend von demselben Unternehmer veranstaltet, so schließt die höhere Steuer die niedere in sich. Eine Zwischenpause von mehr als einer Stunde schließt die unmittelbare Folge aus. In diesem Falle, wie in allen anderen Fällen ist für jede einzelne Lustbarkeit die festgesetzte Steuer zu entrichten.

§ 10. Bei dem Zusammenreffen oder Aufeinanderfolgen von Veranstaltungen, die der Kartensteuer und der Lagesteuer unterliegen, ist letztere damit zu entrichten, wenn die besteuerte Eintrittskarte der ausschließlichsten Lustbarkeit auch für die Beteiligung an den der Lage unterliegenden Veranstaltungen ist und anderen die durch besteuerte Eintrittskarten berechtigten Personen kein Zutritt gestattet wird.

§ 11. Der die Anmeldung einer steuerpflichtigen Veranstaltung bezügliche Entschuldigende der auf gegenwärtigen Vorschriften beruhenden Angaben unterliegt, oder wer unrichtige Angaben macht, hat die Abgabe nachzuschließen, und wird daneben mit einer Geldstrafe belegt, welche dem zwanzigfachen Betrage der gesuchten Abgabe gleichkommt.

§ 12. Weist der Beschuldigte nach, daß die Unterlassung der Anmeldung bezügliche Entschuldigende der Angaben nur aus Versehen unterblieb, oder daß die unrichtigen Angaben irrtümlich gemacht worden sind, so kann auf eine Ordnungsgeldstrafe bis zu 25 M. erkannt, oder die Strafe ganz erlassen werden.

§ 13. Der den zur Überwindung und Sicherung der Abgabenerhebung erforderlichen Vorschriften zuwiderhandelt, wird mit einer Geldstrafe bis zu 25 M. bestraft.

§ 14. Auch der Verstoß, die Beiträge und die Begünstigung sind strafbar.

§ 15. Die Geldstrafen fließen in die Stadtkasse.

§ 16. Vorstehende Änderungen der L. St. O. bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntnis. Als Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Änderungen wird gemäß § 30 der L. St. O. der 1. April 1920 bestimmt.

§ 17. Alle bereits zur Anmeldung gelangten Veranstaltungen sind nach der bisher gültigen L. St. O. zu behandeln.

Karlsruhe, den 25. März 1920.  
Der Stadtrat.

## Vollzugsanweisung zur Publizitäts-Steuer-Ordnung

Auf Grund des § 27 der Publizitäts-Steuer-Ordnung wird zu deren Vollzug folgendes bestimmt:

1. Die Anmeldungen steuerpflichtiger Veranstaltungen sind lautlos auf dem Rollens der Stadtkasse

Steuer-Ordnung bezügliche Schriftstücke sind an das städtische Rechnungsamt, Abteilung Publizitätssteuer, zu richten. Invorhergehende Veranstaltungen sind am nächsten Werktag anzumelden.

2. Zahlstelle ist die Stadthauptkasse A. Die Zahlung kann auch durch bargeldlose Überweisung auf das Konto der Stadthauptkasse erfolgen. Das Rechnungsamt, Abteilung Publizitätssteuer, ist — wenn es ihm zweckmäßig erscheint — zum Steuereinzug befugt.

3. Für lastensteuerpflichtige Lustbarkeiten dürfen — vorbehaltlich besonderer Vereinbarungen mit einzelnen Unternehmern steuerpflichtiger Veranstaltungen — nur vom städtischen Rechnungsamt, Abteilung Publizitätssteuer, geforderte Eintrittskarten oder sonstige Ausweise verwendet werden.

4. Für die Abgrenzung der Privatflusse (§ 1 Abs. 4 L. St. O.) gelten folgende Grundsätze:

Um Privatflusse zu vermeiden, ist es sich dann, wenn die Teilnahme auf bestimmte, vom Veranstalter besonders eingeladene Personen beschränkt ist, steuerpflichtig zu erklären, wenn entweder:

- a) für die Einladung, den Zutritt, die Aufnahme in den Personenkreis ein Entgelt erhoben wird, oder
- b) die Veranstaltungen in Wirtschaften, öffentlichen Vergnügungsräumen und dergl. stattfinden oder es sich um Veranstaltungen der in § 2 Ziffer 16, 17, 19 bezeichneten Art handelt und wenn dabei außer dem Veranstalter und den Angehörigen seines Haushalts mehr als 12 Personen teilnehmen.

5. Fußball- und ähnliche Wettspiele, sowie sonstige sportliche Veranstaltungen können, sofern sie ausschließlich der körperlichen Ausbildung dienen, gemäß § 4 L. St. O. steuerfrei sein. Sie sind es jedoch nicht, wenn ein Entgelt in irgend einer Form für den Besuch einer solchen Veranstaltung erhoben wird.

6. Tanzunterhaltungen sind beim Rechnungsamt, Abteilung Publizitätssteuer, anzumelden. Der Unternehmer ist steuerfrei. Jede Veranstaltung aber, welche den Rahmen der Unterhaltungsart übersteigt, muß besteuert und demgemäß jeweils besonders angemeldet werden, auch wenn sie nur von den Tanzteilnehmern besucht und etwa in den Räumen des Tanzlokals abgehalten wird.

Karlsruhe, den 25. März 1920. 706  
Der Stadtrat.

Es haben gestern Kundgebungen anreisender Art stattgefunden. Trotz der geringen Zahl der Teilnehmer ist es nicht ausgeschlossen, daß es in den nächsten Tagen zu schwereren Zusammenstößen kommt. Die Einwohner werden deshalb in ihrem eigenen Interesse aufgefordert, sich derartigen Kundgebungen fernzuhalten.

Karlsruhe, den 29. März 1920. D. 3. 110  
Der Amtsvorstand des Bezirksamts Karlsruhe.

## Den Verkehr mit Obstwein betr.

Auf Anordnung des Ministeriums des Innern wird unsere Bekanntmachung vom 27. Januar 1920, Staatsanzeiger vom 31. Januar 1920 Nr. 28, den Verkehr mit Obstwein betr., mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

Die Bestimmungen über die Höchstpreise für Obstwein aller Art treten hiermit außer Kraft; ebenso sind sämtliche Abfah- und Verkehrsbeschränkungen für Obstwein, insbesondere hinsichtlich des Verkehrs nach außerörtlichen Gebieten des deutschen Reiches aufgehoben.

Die Ausfuhr nach dem Reichsausland ist auch künftighin an die Einholung der Ausfuhrerlaubnis gebunden.

Karlsruhe, den 17. März 1920. 703  
Bezirksamt II.

## Die regelmäßige Nachschau an der Alb betr.

Von der Kulturinspektion ist Termin zur Vorahme der regelmäßigen Nachschau an der Alb auf

Freitag, den 9. April, vormittags 8 Uhr von der Außenbrücke bis zum Eschenbad in Weiertheim, auf

Mittwoch, den 14. April, vormittags 8 Uhr vom Eschenbad bis Raxau festgesetzt worden.

Wir bringen dies zur öffentlichen Kenntnis mit dem Wunsche, daß die Teilnahme an der Nachschau und die Geltendmachung von Anträgen, Wünschen und Bedenken jedem Interessenten freigestellt ist.

Karlsruhe, den 23. März 1920. 808  
Bezirksamt III.

Um Störungen der öffentlichen Sicherheit, Ordnung und Ruhe zu vermeiden, werden aufgrund des § 29 Pol.-Str.-G. B. Ansammlungen auf öffentlichen Straßen und Plätzen vom Eintritt der Dunkelheit ab bis auf Weiteres verboten. Zuwiderhandlungen werden mit Haftstrafe bis zu 6 Wochen oder mit Geldstrafe bestraft. Gegen diejenige Teilnehmer, welche auf Aufforderung des zuständigen Beamten sich nicht entfernen, wird wegen Auslaufs gemäß § 116 R. St. G. B. mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M. eingeschritten.

Karlsruhe, den 29. März 1920. 799  
Sad. Bezirksamt. — Polizeidirektion. D. 3. 120

## Maul- und Klauenfeuche betr.

In dem Gehöft des Randwirts Josef Essig in Freioldheim ist die Maul- und Klauenfeuche ausgebrochen.

Gerechtheit ist das verheulte Gehöft. 797 Beobachtungsgebiet ist die Gemeinde Freioldheim. Karlsruhe, den 25. März 1920. D. 3. 117  
Sad. Bezirksamt. — Polizeidirektion.

## Reinigung der Wasserrohrstränge.

Von Montag, den 22. März bis Donnerstag, den 1. April 1920, wird die mechanische Reinigung der Wasserrohrstränge in der Außenstraße, Kantsstraße, Augartenstraße, Morgenstraße, Scherstraße, Gerbinsstraße, Spießstraße, Wiesendstraße, Werdstraße und Schützenstraße sowohl tagsüber, wie auch nachts vorgenommen.

Während der Dauer dieser Arbeiten lassen sich Leckungen des Wassers auch in entfernteren Rohrleitungen nicht vermeiden; geteiltes Ausbleiben des Wassers, namentlich in den höher gelegenen Stockwerken, ist nicht ausgeschlossen.

Städt. Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt. 725

## Billiger wie von Auswärts.

Schön gezeichnete Schwarzwälder Uhr

nebst Wetterhäuschen. Preis nur 14 Mark.

Die Uhr ist geölt und reguliert (1 Jahr Garantie). Versand-Geschäft.

E. Giersberg, Karlsruhe-Wülzburg, Sternstraße 1 (Baden). Nach Auswärts Porto extra.

## Blindenarbeit!

Vorteilhaftes Geschenk für die Hausfrau

Rohhaarfräusen besen aus vorzüglichem Schweinehaar zu haben.

W. Voos, Vitoriastr. 6.

## Glaserei-Lehrling gesucht.

Junge, welcher das Glasereihandwerk erlernen will, kann Ostern in die Lehre treten.

Glasereimeister Vermayer, Leopoldstr. 11. Tel. 4137

## Schulentlassener Junge

mit guten Schulzeugnissen und aus guter Familie zum sofortigen Eintritt als

## kaufm. Lehrling

gesucht von C. F. Werner, Gaggenau, Eisenhandlung.

## Hofenschneider

findet dauernde Beschäftigung bei Ferd. Kiefer, Baden-Baden.

## Selbständiger Feuer-Schmied

wird eingestellt. Maschinenfabrik Wilsch, Pfrommer, Gerwigstraße 37.

## Gipser gesucht.

Tätige Gipser können eintritten auf unseren Baustellen Deutsche Zertifikate in Säcklingen, Kriegen (Amt Waldbrunn) und Schopfheim im Oberrhein.

## E. u. H. Allmendinger

Gipser- und Stukaturgeschäft, Ordentliche

## Putzfrau

täglich von 8—10 Uhr gegen hohen Lohn gesucht. Kaiserstraße 122, im Laden.

## Wohnungs-Lausch.

Schöne 2-Zimmerwohnung mit Küche in ruhigen Hause der Altstadt gegen 3-Zimmerwohnung mit Küche auf 1. April 1920 zu tauschen gesucht.

## Wohnungs-Lausch.

Tausche schöne 2-Zimmerwohnung (Schloßbad), Wiete 25 M. gegen 3- bis 4-Zimmerwohnung, möglichst Stadtnähe. Angebote unter Nr. 2643 an das Postamt Baden-Baden.

## Standesbuch-Anzüge

der Stadt Karlsruhe

Todesfälle: Karoline Braun, alt 79 Jahre, Witwe von Jakob Braun, Zapflehner, Katholische Friedhofswärter, alt 22 Jahre, ohne Beruf, Käthe Gräßinger, alt 47 Jahre, Ehefrau von Albert Gräßinger, Maschinen-Former, Emma Reck, alt 47 Jahre, Ehefrau von Josef Reck, Kaufmann, Karl Schöninger, alt 33 Jahre, Verfa. Händl., ohne Beruf, alt 19 Jahre, Karl Henze, Fahrrad-Mechaniker, Ehefrau, alt 48 Jahre, Luise Kellhofer, alt 31 Jahre, Ehefrau von Karl Kellhofer, Wiedner, Elisabeth Wittmeier, alt 47 Jahre, Ehefrau von Christoph Wittmeier, Hofmüllerei, Karlsruhe, alt 13, S. D. Wiedemann, Kaufm.



